

# BASis Info 9/2016

Neues von der Duisburger SPD-  
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

07.10.2016

Politik, die DU sagt - [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)



Liebe Leserin, lieber Leser,

in genau einem Jahr wird die Bundestagswahl sicher hinter uns liegen, aber in den kommenden Monaten haben wir in Berlin noch einige Baustellen vor uns. Der Koalitionsausschuss hat gestern zumindest bei einem SPD-Schwerpunkt den Weg zum parlamentarischen Verfahren frei gemacht: Das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern. Seit Monaten liegt der Entwurf auf dem Tisch, jetzt endlich bewegen sich CDU und CSU.

Laut Statistischem Bundesamt verdienen Frauen selbst im gleichen Job und mit gleicher Qualifikation pro Stunde sieben Prozent weniger brutto. Deutschland ist jetzt lange genug bei diesem Gerechtigkeitsthema das Schlusslicht in Europa und der Equal Pay Day darf 2018 gerne auf Neujahr fallen (2017: 18. März). Deshalb brauchen wir jetzt mehr Transparenz. Wenn zukünftig Firmen ab 200 MitarbeiterInnen gleiche Bezahlung für gleiche Posten dokumentieren müssen, ist das schon ein guter Schritt nach vorne. Bei tarifgebundenen Firmen soll die Regelung über den Betriebsrat laufen.

Bei der Rente musste sich der Koalitionsausschuss noch einmal vertagen. Die SPD lässt vor allem bei der Lebensleistungsrente im Kampf gegen Altersarmut nicht locker. Wichtig war in dieser Woche, dass Bundesministerin Andrea Nahles eine verlässliche Haltlinie für das Rentenniveau gefordert hat. Im November wird sie das Rentenkonzept vorlegen.

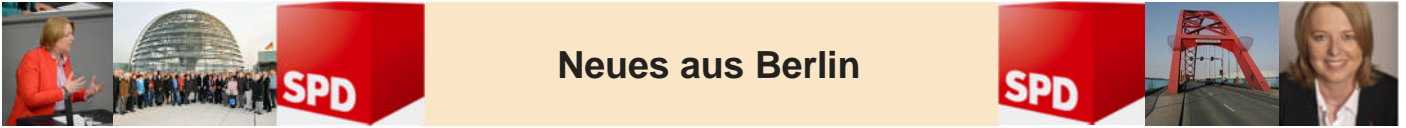
Volles Programm haben wir auch in NRW. Unser Landesparteitag am 24. September hat ein klares Signal gesendet: 98,45% für Hannelore Kraft. Die Duisburger Delegation war sehr zufrieden (s. Foto), wir gehen mit beispielloser Geschlossenheit ins Wahljahr 2017. Auch an dieser Stelle herzlichen Glückwunsch an meine LandtagskollegInnen Sarah Philipp, Rainer Bischoff, Frank Börner und Ralf Jäger zur Nominierung. Ich freue mich schon auf den Wahlkampf.



Eine kleine Notiz noch in eigener Sache, denn am 20. September hat es die SPD-Bundestagsfraktion auch formell beschlossen: Ich bin neben meinem Amt als Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion jetzt auch wieder Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages. So ging die vergangene Sitzungswoche auch gleich gut los am Montagvormittag mit einer Anhörung des Gesundheitsausschusses zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG). Nur eines von vielen wichtigen Themen, das gerade in meinem alten wie neuen Ausschuss behandelt wird (s. auch Seite 2). Dienstagmorgen stand dann die erste Arbeitsgruppensitzung auf dem Programm und am Mittwochmorgen die erste Sitzung des Ausschusses. Wie gesagt: Wir haben noch einige Baustellen bis 2017.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



## Für ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem

Erste Sitzungswoche im Gesundheitsausschuss, schon geht es los mit der Aufregung: Gesundheitsminister Gröhe plant im kommenden Jahr 1,5 Milliarden Euro zusätzlich aus den Rücklagen des Gesundheitsfonds an die Krankenkassen auszuschütten. Das Problem dabei liegt vor allem in der Begründung des CDU-Minister: Mit dem Geld will er angeblich vor allem die durch Flüchtlinge entstandenen Mehrkosten der Krankenkassen abfedern. Um es sehr klar zu schreiben: Diese Begründung ist bestenfalls populistisch und vor allem falsch. Die Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen kann man nicht „den Flüchtlingen“ in die Schuhe schieben. Die Ursachen sind viel differenzierter.

Einen wesentlichen Grund für die Finanzierungslücke beklagen die Krankenkassen bereits seit längerem: Der Bundeszuschuss, den sie für ALG II-Empfänger erhalten, ist nicht kostendeckend. Derzeit erhalten die Kassen 90,36 Euro pro Monat für einen ALG II-Empfänger, doch der Bedarf für einen durchschnittlichen Versicherten beträgt 245 Euro monatlich.

Darüber hinaus haben wir in dieser Legislaturperiode viele gute Gesetze in der Gesundheitspolitik beschlossen, die es leider nicht ganz umsonst gibt. Wir stärken die häusliche Pflege und die Pflege in den Krankenhäusern, wir ver-

bessern die Krankenhaushygiene, fördern die Gesundheitsförderung in Kita, Schule und am Arbeitsplatz und stärken die Palliativ- und Hospizversorgung.

In Zeiten gut-gefüllter Liquiditätsreserven ist es durchaus vertretbar, Mittel zu entnehmen und Beitragssätze stabil zu halten. Aber auch Minister Gröhe weiß, dass höhere Zuweisungen aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds an die Krankenkassen nur einen Einmaleffekt hätten. Das strukturelle Defizit des Gesundheitsfonds wird durch diese Finanzspritze nicht gelöst. Langfristig müssen wir über einen höheren Bundeszuschuss in den Gesundheitsfonds zur Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben sprechen.

Wenn wir über die Finanzierung des Gesundheitssystems diskutieren, liegt uns Sozialdemokraten auch ein anderer Punkt besonders am Herzen: Momentan müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alle Ausgabensteigerungen alleine schultern, ohne dass sich die Arbeitgeber daran beteiligen. Die SPD-Bundestagsfraktion will das schnellstmöglich ändern. Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen sich endlich wieder jeweils zur Hälfte an der Finanzierung der Krankenkassenbeiträge beteiligen. Wir wollen die Rückkehr zur paritätischen und solidarischen Finanzierung in

der GKV und die Abschaffung der Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Das System der Gesetzlichen Krankenversicherung beruht auf dem Solidaritätsprinzip: Die Gesunden helfen den Kranken. Alle Versicherten erhalten die gleiche Versorgung. Die Höhe der Kassenbeiträge bemisst sich am Einkommen und nicht, wie bei privaten Krankenkassen, an Alter, Geschlecht oder Krankheitsrisiko. Als der einseitig von den Versicherten zu tragende Zusatzbeitrag eingeführt wurde, ging es darum, Lohnnebenkosten zu senken und Jobs in Zeiten der Wirtschaftskrise zu sichern. Doch als es uns wirtschaftlich wieder besser ging, haben CDU/CSU und FDP damals den Arbeitgeberbeitrag einseitig festgeschrieben. Auch unser heutiger Koalitionspartner weiß, dass das Gesundheitssystem ungerecht finanziert ist. Bundesminister Gröhe will mit seinen Plänen aber offensichtlich nur verhindern, dass die Diskussion um steigende Zusatzbeiträge im Wahljahr neu entfacht wird.

Statt auf den Populismus-Zug aufzuspringen, sollten wir uns lieber auf eine gerechte Verteilung der Kosten verständigen. Wenn wir dieses Ziel nicht bis 2017 gemeinsam erreichen, steht die Parität sicher ganz oben auf unserer SPD-Agenda für die nächste Legislaturperiode.





**„MdB im Darm“:** Die Vorsorge stand im Mittelpunkt des Aktionstages „Darmkrebs: Wir klären auf“ im Bethesda Krankenhaus. Alle Interessierten konnten sich bei Vorträgen, Infoständen, Workshops und vor allem in einem 5,5 Meter langen begehbaren Darm-Modell über das Thema Darmkrebs und die lebensnotwendige Prävention informieren. Wir brauchen solche Aktionstage, um Tabus zu brechen und den Menschen Wege der Prävention aufzuzeigen.

Jährlich erkranken zwischen 60.000 und 70.000 Menschen in Deutschland an Darmkrebs. Jeder Zweite stirbt. Dabei liegen die Heilungschancen bei mehr als 90%, wenn der Krebs frühzeitig erkannt wird. Nur 3 Prozent der Menschen ab 55 Jahren nutzen aber ihren Anspruch auf eine Darmspiegelung.

### Mehr Steuergerechtigkeit schaffen

Mit meinen Bundestagskollegen Mahmut Özdemir und Joachim Poß hatte ich eine lebhaftige „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung zum Thema: „Steuergerechtigkeit in Deutschland: Brauchen wir eine Vermögenssteuer?“ im Ratskeller Hamborn. Für mich bleibt klar: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Die Vermögen sind viel zu ungleich verteilt, wir brauchen daher eine gerechtere Steuerpolitik. Auch um kleine und mittlere Einkommen stärker zu entlasten.



### Stille Wasser-Wilde Wasser



Unter dem Titel „Stille Wasser - Wilde Wasser“ hat Wildwasser Duisburg am 15.09. sein 25-jähriges Jubiläum gefeiert. Ich durfte ein Grußwort halten. Engagierte MitarbeiterInnen wie Sabine Block und Lydia Arndt leisten seit 25 Jahren tolle Arbeit beim Thema sexueller Missbrauch. In

ihrer kleinen Duisserner „Wildwasser-Wohnung“ finden jedes Jahr hunderte Frauen und Kinder Unterstützung, Beratung und vor allem einen geschützten Raum. Und die Menschen verlassen die Wohnung meist wieder mit neuem Selbstvertrauen und Tipps für den Alltag.

### +++Auszug aus meinem Kalender+++

+++8.10.-15.10.: Duisburger Delegationsreise nach China+++

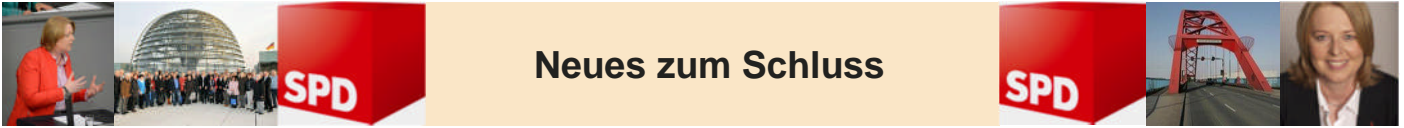
+++22.10.: Heimsieg des MSV Duisburg gegen Hansa Rostock+++

+++2.11. & 3.11.: 2. Jury-Sitzung für das Besucher- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages+++

+++17.10.-21.10.: Sitzungswoche im Bundestag+++

+++26.10.: 40 Jahre Rheumaliga+++

+++[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de) +++



## Neues zum Schluss

### Starke Statements für Toleranz



„Woche des Respekts“ (14. bis 18. November) ein Statement für Toleranz gesetzt.

Vor, nach und zwischen der Büroarbeit hat Martin an verschiedenen Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen teilgenommen. Außerdem hat er eine Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion und eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestages besucht. Zudem hat er viele verschiedene Einblicke in die weite Welt der Berliner Politik durch das PraktikantInnenprogramm der SPD-Bundestagsfraktion bekommen. Vielen Dank!

Martin Miosga aus Rheinland-Pfalz hat heute seinen letzten Praktikumstag. In den ver-

gangenen 4 Wochen hat er meine Arbeit engagiert unterstützt und u.a. mit mir für die

### Mein Tagebuch

Beeindruckendes Wochenende in Israel/Palästina: Zusammen mit meinen Kolleginnen Eva Högl, Andrea Nahles, Kerstin Griese und Dagmar Schmidt habe ich zuerst in Jerusalem das 20-jährige Jubiläum des Willy-Brandt-Zentrums gefeiert, dessen Arbeit ich auch unterstütze. Samstag und Sonntag hatten wir dann ein enges Programm rund um Jerusalem und im Westjordanland.

In „meinem“ Personalbüro der SPD-Bundestagsfraktion geht nichts verloren. Nicht einmal die Personalakte eines Umweltreferenten, der 1984 den Dienst aufgenommen hat: Ein gewisser Peer Steinbrück. Zum Abschied aus dem Bundestag war es jetzt Zeit, ihm seine Akte in seiner letzten Fraktionssitzung offiziell zurückzugeben. Ich darf Ihnen leider nicht vertreten, was drin steht....



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas



Meine Plenarrede am 8. September hat mir eigentlich Freude gemacht. Am folgenden Freitag beim Heimflug kam die Ernüchterung: Ausgerechnet Gesundheitsminister Gröhe hat mir für die „wunderbare Rede“ gedankt.

**Impressum:** V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607